

>>> Protokoll des Stadtteilplenums vom 16.06.2009

Datum: 16.06.2009 (19:05 Uhr bis 21:15)
Ort: Nachbarschaftstreff, Rostocker Straße 32
Moderation: Susanne Torka, Heike Thöne
Protokoll: Anna Galda, Heike Thöne
(QM Moabit West)
Teilnehmer: ca. 50 Personen

Tagesordnung

Das Stadtteilplenum im Juni beschäftigte sich mit dem Antwortschreiben aus der Senatsverwaltung auf das Schreiben des Stadtteilplenums als Reaktion auf den Brandbrief der 68 Schulleiter aus Mitte.

TOP 1 Bildungsmisere in Mitte – Gespräch mit den bildungspolitischen Sprechern der Fraktionen
TOP 2 Zur Zukunft der Reformationskirche
TOP 3 Termine und Sonstiges

Das Stadtteilplenum wird von den MitarbeiterInnen des IRS aus Erkner für das Forschungsprojekt aufgezeichnet.

TOP 1 Bildungsmisere in Mitte – Gespräch mit den bildungspolitischen Sprechern der BVV-Fraktionen

Susanne Torka erläutert den Hintergrund zum Thema des Stadtteilplenums im Juni. Sie fasst dabei nochmals die Forderungen aus dem Brief des Stadtteilplenums an den Bildungssenator Dr. Zöllner zusammen und stellt die Antwort der Senatsverwaltung dazu kurz vor. Die Gesprächsrunde beginnt mit einzelnen Statements der bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen.

> Joachim Trinte, Sprecher Schule (SPD)

Grundsätzlich wird die Gemeinschaftsschule als gängige Schulform favorisiert. Auch die Schulstrukturreform (SSR) mit dem theoretischen Ziel der Zweigliedrigkeit ist eine wichtige Reform zur Verbesserung der Schulsituation und wird befürwortet. In der Praxis kann diese Reform jedoch vor allem im Bezirk Mitte deshalb nicht umgesetzt werden, weil die finanzielle Ausstattung nicht gegeben ist, da der Bezirk Mitte keine eigenen Gelder erwirtschaftet und vom Landeshaushalt abhängig ist. Im Hinblick auf die nächsten drei bis vier Jahre wird sich die Haushaltssituation im Bezirk kaum verbessern, sondern eher noch schwieriger werden. Dies wird zu weiteren Einschnitten führen, wenn im politischen Verständnis kein Paradigmenwechsel stattfindet. In der Konsequenz bedeutet dies für das gesamtstädtische Gefüge, dass dieses durch mangelnde Zusammenarbeit zerstört werden kann. Dem ist mit großer Sorge entgegen zu blicken.

> Dr. Frank Knappe, Sprecher Schule (CDU)

Die Gemeinschaftsschule als eine Schulform ist richtig und wichtig, jedoch sollte sie nicht die einzig mögliche Alternative bleiben. Als Gegenmodell schlägt die CDU deshalb ein zweigliedriges Modell vor, bei dem es einerseits das Gymnasium und andererseits die sog. Sekundarschule gibt. Bei dieser Schulform handelt es sich um eine praxisorientierte Variante, die die Schülerinnen und Schüler zu einem mittleren Schulabschluss führt und sie damit zu einem Fachhochschulabschluss befähigt. Es ist davon auszugehen, dass eine Abstimmung mit den Füßen geschehen wird, d.h. mit Wegzug der Familien mit Kindern im Schulalter, wenn als einzige Schulform die Gemeinschaftsschule angeboten wird.

Zur Schulstrukturreform ist zu sagen, dass die Schulen bei der praktischen Umsetzung der bisher durchgeführten Reformen allein gelassen werden. Es wurden keinerlei inhaltlichen Konzepte für die Umsetzung erarbeitet. Dieser Mangel tritt nun zu Tage. Schulrat Wolfgang Köpnick schildert die Situation wie folgt: Nur ein Drittel der derzeit eingeschulten Kinder können nach der sog. Schulanfangsphase dem Unterricht folgen. Vor diesem Hintergrund ist das Chaos in den Schulen ab 2010 vorprogrammiert, wenn nichts unternommen wird, um dem aktiv entgegen zu wirken. Beim Versuch der sog. Starterklassen wurde festgestellt, dass die Kinder nach 6 Jahren Grundschule „nicht beschulbar“ sind. Dies darf nicht noch einmal passieren.

> Jutta Schauer-Oldenburg, Fachpolitische Sprecherin Schule (Die Grünen)

Bezugnehmend auf den Brief aus der Senatsverwaltung ist zu sagen, dass der oder die Antwortende zu wenig über die Situation des Bezirks im Bilde ist. Hinzu kommt, dass in der Senatsverwaltung offensichtlich nicht die Erkenntnisse aus dem aktualisierten Sozialstrukturatlas bekannt sind.

Zur SSR ist zu sagen, dass diese eine gut gemeinte Reform ist. Auch die Grünen sind der Meinung, dass das Gymnasium Bestand haben muss. Die Grünen-Fraktion in Mitte hat um ein Gespräch mit der Bezirksstadträtin Frau Hänisch gebeten. Weiterhin werden die Grünen mit den Quartiersräten und den schulpolitischen Sprechern über die Situation in den Gebieten reden.

Zur Gemeinschaftsschule ist folgendes zu sagen: Die Einführung dieser Schulform ist zu begrüßen, jedoch nicht flächendeckend. In jedem Fall müssen Eltern und Kinder ein Wahlrecht bei der Schulform haben, dies gilt es zu sichern. Weiterhin besteht die Gefahr, dass unter den jetzigen Bedingungen die Gemeinschaftsschule ihren Betrieb nicht aufrecht erhalten kann. Als Reaktion auf den Brief der Schulleiter aus Mitte hat die BVV einen Masterplan gemeinsam mit dem Jugendamt und den Schulräten erarbeitet. Der politische Ansatz dahinter ist jedoch ein anderer, als der von den Schulleitern geforderte. Die Grünen sehen in der aktuellen Schulentwicklungsplanung 2009 bis 2014 (als Handout im Plenum verteilt) eine gute Chance für eine fruchtbare bildungspolitische Diskussion im Bezirk. Zudem ist es wichtig, eine Bildungspolitik in Anlehnung an den Sozialstrukturatlas zu machen, d.h. nicht ideologisch, sondern sozial geprägt.

> Kerstin Bergunde, Sprecherin Schule (Die Linke)

Im Antwortbrief der Senatsverwaltung heißt es, dass am 22.1.2009 das angesprochene Problem bereits erörtert und Lösungsansätze gefunden wurden. Dazu ist zu sagen, dass das Problem bereits vor 20 Jahren bestand und nicht aktiv behoben wurde. Dies führte zur Vergrößerung des Problems und genau diese Auswirkungen sind es, die gegenwärtig zu bewältigen sind.

Weiterhin wird im Antwortbrief von einem Pool von Kräften zur Nachsteuerung gesprochen. Die Nachsteuerung ist dringend notwendig, da die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen gar nicht mehr zu ihrer eigentlichen Arbeit kommen. Derzeit erfahren die Lehrkräfte einen massiven Imagewandel zum Negativen. Die wenigsten Menschen sind sich darüber im Klaren, welche Leistung die Lehrer täglich vollbringen und noch weniger danken ihnen dafür. Das muss sich ändern.

Bei den heutigen Herausforderungen in der Schule geht es nicht darum, ob in einer Klasse 20, 22 oder 25 Kinder unterrichtet werden. Es geht um die Frage, was die Lehrkräfte tun müssen. Durch die von Jahr zu Jahr mehr werdenden verwaltungstechnischen Anweisungen bleibt kaum noch Zeit für die adäquate Unterrichtsgestaltung. Im Schreiben wird auch von einem Konzept zur Verbesserung der Sprachförderung gesprochen. Hier stellt sich die Frage, wann und wie dies realisiert werden soll. Nicht nur in diesem Zusammenhang ist dabei die Arbeit der Kindertagesstätten zu berücksichtigen.

Es wird auch nochmals von Seiten der Senatsverwaltung hervorgehoben, dass der Bezirk zusätzliche Pädagogenstellen zugewiesen bekommen hat. Es bleibt bisher offen, wo diese angesiedelt werden sollen. Fakt ist, dass 12 Pädagogen auf 60 Grundschulen und die Oberstufenschulen im Bezirk verteilt werden müssen. Dies ist nicht ausreichend, um zu gewährleisten, dass die Lehrerinnen und Lehrer ihrer eigentlichen Arbeit nachgehen können. Um eine übergreifende Bildungsarbeit zu leisten, bei der die Bildungseinrichtungen Hand in Hand arbeiten, werden deutlich mehr Pädagogen an den Schulen benötigt.

Nicht zuletzt wird im Brief die zu berücksichtigende Schulnetzplanung erwähnt. Diese erscheint jedoch kaum glaubwürdig, da bestimmte Aspekte der Planung schlicht nicht genehmigt wurden.

> Peter Lundkowski, Sprecher Schule (FDP)

Die FDP hat den bildungspolitischen Schwerpunkt auf das Gymnasium gelegt. Vermehrt ist zu beobachten, dass Eltern den Bezirk verlassen, weil starke Schülerinnen und Schüler zu wenig gefördert werden. Eine Forderung ist es deshalb, mindestens ein weiteres grundständiges Gymnasium im Bezirk zu schaffen. Ein weiterer Aspekt, der zur bildungspolitischen Misere im Bezirk beiträgt, ist die Missachtung der Mitbestimmungsrechte von Eltern und Schulen in den zuständigen Gremien.

Zum von Fr. Schauer-Oldenburg ausgeteilten Schulentwicklungsplan ist zu sagen: Sicher ist dieser gut gemeint, wenn es beim Verfahrensvorschlag heißt, dass mit allen Gremien das Gespräch zu suchen ist und betroffenen Schulen, Quartiersmanager und -räte in das Gespräch mit einzubeziehen seien. Fraglich ist nur die Realisierung, da bis Ende September das Dokument fertig gestellt sein soll. Im Hinblick auf die Fristen ist dies schon jetzt nicht mehr realisierbar. Weiterhin ist in der Entwicklungsplanung die Rede von einer Überkapazität von 2,6 Zügen: In der Konsequenz bedeutet dies die Schließung einer Grundschule in Moabit West. Überkapazität ist aber lediglich auf eine Umschichtung der Zahlen zurückzuführen. Bis zum Schuljahr 2007/08 lag die Klassenfrequenz bei 20 bis 23 SchülerInnen. Ab dem Schuljahr 2009/10 liegen sie jedoch bei 24 bis 28 SchülerInnen. Damit ist die Schließung lediglich ökonomisch logisch

begründbar. Pädagogisch sinnvoll ist sie nicht.

Die vorgeschlagene Sekundarschule ist vergleichbar mit der Mittelschule in den 1980er Jahren: Wenn überall gespart wird, kann das System nicht funktionieren. Kritisch stehe er auch dem Quartiersrat gegenüber. Bei den Gesprächen sollten immer Eltern und Betroffene beteiligt werden, denn sie sind es, die in der Praxis damit umgehen müssen.

Nach der ersten Statementrunde eröffnet Heike Thöne vom Quartiersmanagement Moabit West die Fragerunde.

Sie stellt die Frage, welche Zielsetzung der neu gegründete Ausschuss „Moderne Schule“ im Bezirk hat. In welcher Form Gespräche mit dem Senat über die besondere Situation im Bezirk geführt werden und wie das bestehende Musterraumprogramm mit den Anforderungen an die neuen Schulstrukturen übereinstimmt.

Weitere Fragen und Anmerkungen kommen aus dem Stadtteilplenum und werden im Block von den Sprecherinnen und Sprechern beantwortet:

Frage/Anmerkung:

Meines Erachtens muss dringend etwas an den Gymnasien getan werden. Ein derart schlechter Unterricht, wie er zum Teil vermittelt wird, kann nicht akzeptiert werden. Hinzu kommt, dass fachlich wichtige Bereiche voneinander getrennt bearbeitet werden und so wichtige Synergien nicht zustande kommen, um ein selbstreflektiertes Lernen mit eigenen Erkenntnissen zu fördern. Auch das im Schuljahr 2006/07 in Berlin eingeführte G8-System (8 Jahre gymnasiale Stufe, Abitur nach 12 Jahren) hat sich nicht gerade positiv auf das Gymnasium ausgewirkt. Im sog. Probehalbjahr werden Schülerinnen und Schüler auf ein Gymnasium geschickt, obwohl diese zu schwach sind. Die Gemeinschaftsschule mit dem Ansatz Schwächere lernen von Stärkeren ist hingegen offener.

Frage/Anmerkung:

Wichtig ist, dass die Arbeit des Lehrpersonals und der engagierten Personen gelobt wird. Die Projekte an Schulen und Kitas, die Erfolg haben und von denen gern berichtet wird, existieren nur deshalb, weil das Engagement dieser Menschen über das normale Maß hinaus geht. Dies muss gewürdigt werden, denn ohne all diese Projekte wäre die Situation noch angespannter. Sich über die Strukturen beklagen ist das eine. Dabei jedoch keine Lösungsansätze anzubieten ist das andere.

Frage/Anmerkung:

Auf dem Bildungskongress im Roten Rathaus wurde insbesondere angemerkt, dass das Immobilienmanagement der Schule in erster Linie ökonomischen, jedoch nicht pädagogisch wertvollen Ansätzen folgt. Auch in Moabit sei dies der Fall. Wie gehen Sie konkret damit um, was gedenken Sie zu tun?

Frage/Anmerkung:

Immer wieder ist es das fehlende Geld, weshalb es dem Bildungsbereich so schlecht geht. Aber was ist in den letzten 15 Jahren eigentlich passiert? Durch die Privatisierungswelle und die Senkung der Steuersätze hat sich der Staat selbst so arm gemacht, dass für die wichtigen Infrastruktureinrichtungen wie Schulen und Kindergärten kein Geld mehr zur Verfügung steht. Dies ist dann aber nochmals vor dem Hintergrund zu sehen, dass für Banken, Schlösser und Opernhäuser offensichtlich genügend Geld vorhanden ist, um diese zu finanzieren.

Frage/Anmerkung:

Meines Erachtens liegt das Problem an einer anderen Stelle: Gegenwärtig werden viele Anreize geschaffen, um Kinder zu bekommen. Es sind vor allem arbeitslose Frauen, die Kinder bekommen, da sie über die nötige Erziehungszeit verfügen. Der Bezirk Mitte weist eine hohe Einwohnerzahl und eine durchmischte Sozialstruktur auf. Die hohe Arbeitslosigkeit und Kinderzahl tritt insbesondere in den sozialen Brennpunktgebieten Moabit und Wedding konzentriert auf. Bisher fehlen tragfähige Strukturen, die dieser Entwicklung Rechnung tragen. Hinzu kommt, dass der Migrationshintergrund der Kinder kaum als Potenzial, sondern immer stets als Problem und Lernbarriere wahrgenommen wird.

Frage/Anmerkung:

Herr Lundkowski hatte die mangelhaften Beteiligungsstrukturen für die Eltern und Schulen angesprochen. Ist es denn grundsätzlich überhaupt möglich, die Beteiligung ergebnisoffen zu gestalten und ggf. auch die Senatsvorgaben zu brechen, wenn es sinnvoll erscheint?

Frage/Anmerkung:

Wir haben nun festgestellt, dass es dem Bezirk Mitte im Vergleich zu anderen schlechter geht. Keine/r der hier Anwesenden hat eine Antwort darauf gegeben, wie Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund integriert werden können und wie Eltern aus bildungsferneren Schichten für das Thema sensibilisiert werden können.

Antworten der SprecherInnen auf die Fragen aus dem Plenum:

> Peter Lundkowski, Sprecher Schule (FDP)

Zum Thema Beteiligungsstrukturen kann ich Ihnen nur sagen, dass Sie sich keine Hoffnungen machen sollten, die Vorgaben der Senatsverwaltung durchbrechen zu können. Mit diesen Vorgaben müssen wir in den Bezirken umgehen und das Beste daraus machen. Was die Integration von Kindern und Eltern angeht, gebe ich dem Plenum recht. Es ist unbedingt erforderlich, dass sowohl für die Eltern als auch für die Kinder das Angebot an Sprach- und Integrationskursen verbessert und erhöht wird.

> Kerstin Bergunde, Sprecherin Schule (Die Linke)

Sicher kann man die Vorgaben der Senatsverwaltung nicht durchbrechen, aber trotzdem gibt es eine Reihe von Gremien, in denen sich Beteiligungsstrukturen stark auf den schulischen Alltag auswirken. Ein Beispiel dafür ist der Bezirksschulbeirat, in dem jeweils ein Drittel der Stimmen auf Schüler, Lehrer und Eltern entfällt. Ein weiteres Beispiel sind die Schulkonferenzen direkt an den Schulen. Auch dort kann für die eigene Schule sehr viel mit gestaltet werden. Zur Integration der Kinder ist grundsätzlich zu sagen, dass diese in erster Linie durch die Sprache realisiert werden kann. Die Kinder müssen deutsch sprechen können, wenn sie in die Schule kommen, um beim Lernen nicht benachteiligt zu werden. Nichtsdestotrotz ist jede Sprache ein Geschenk und fördert die persönliche Entwicklung des Kindes maßgeblich.

Zum Thema Kinder in der Gesellschaft ganz allgemein ist mein Eindruck nicht unbedingt, dass die Gesellschaft zu viele Anreize zum Kinder bekommen gibt, sondern eher der, dass Kinder in der Gesellschaft nicht mehr erwünscht sind. Die Hürden, ein Kind zu bekommen werden m.E. immer höher und dies spiegelt sich auch im Bildungssystem, das schon in der Kita beginnt, wieder. Zum Musterraumprogramm: Dieses direkt gibt es im Bezirk noch nicht.

> Jutta Schauer-Oldenburg, Fachpolitische Sprecherin Schule (Die Grünen)

Im Sonderausschuss Schule sind wir zu der Erkenntnis gekommen, dass die BVV und die Schulleiter ein falsches Bild haben. Für seine Arbeit hatte der Ausschuss bei den 68 Schulleitern um Einsicht in die Schulinspektionsberichte gebeten. Nur 28 Schulen haben dies zugelassen. Die Arbeit des Sonderausschusses erfährt nur Geringschätzung seitens der Schulleiter. Zum Thema Raumkapazität möchte ich hinzufügen, dass die Willi-Brandt-Grundschule wegen Überkapazität geschlossen wurde. Für die kommende BVV hat die Grünen-Fraktion einen Antrag auf Festlegung der Klassenfrequenz auf 20 Schüler an der Grundschule gestellt. Zum Thema Beteiligung ist noch zu sagen, dass es der falsche Ansatz ist, wenn man aus Prinzip sagt, dass man nichts bewegen kann. Es ist wichtig, dass man darüber redet und gemeinsam Alternativen findet, denn nur so kann langfristig etwas erreicht und verbessert werden.

> Dr. Frank Knape, Sprecher Schule (CDU)

Wie wir vorhin schon beim Gespräch über die Schulentwicklungsplanung festgestellt haben, ist eine Beteiligung vor allem aus zeitlichen Gründen nicht in angemessenem Umfang realisierbar. Zum Thema G8 und dem Abitur nach 12 Jahren stimme ich der Aussage aus dem Plenum zu. Es ist besonders wichtig, eine Kooperation zwischen der Grundschule und den Gymnasien zu initiieren und aufrecht zu erhalten, um den Übergang so sanft wie möglich zu gestalten und dadurch Synergieeffekte zu schaffen. Ein weiteres Problem besteht in der 30% Schüler-Quote, die ausgelost werden soll. Eine derart soziale Ungerechtigkeit kann nicht die Lösung des Problems sein. Zum Thema Integration fordert die CDU, dass die Einschulung mit adäquaten Deutschkenntnissen gesichert sein muss. Die Mitarbeit der Eltern wird mehr und mehr vorausgesetzt, obwohl längst nicht alle Eltern dazu in der Lage sind.

> Joachim Trinte, Sprecher Schule (SPD)

Um nachhaltig etwas bei der Bildung der Kinder zu verändern, muss früher angefangen werden, nämlich bereits in der Kita. Viele drei- bis fünfjährige Kinder im Bezirk Mitte besuchen eine Kita. Das bedeutet, diese wird als Bildungseinrichtung wahrgenommen und genutzt. Diese muss also in jedem Fall ausgebaut werden, um die Kinder adäquat auf die Grundschule vorbereiten zu können. Auf lange Sicht muss etwas passieren und die Kita als erste Bildungseinrichtung muss dabei den Anfang machen.

Der Brief des Stadtteilplenums sowie die Antwort aus der Senatverwaltung wurden mit der Einladung für das Juni-Plenum versandt. Der genaue Wortlaut kann dort nachgelesen werden.

TOP 2 Zur Zukunft der Reformationskirche an der Beusselstraße

Zu Gast im Stadtteilplenum sind Herr Fritz (Konsistorium der Landeskirche Berlin, verantwortlich für Immobilienangelegenheiten), Frau Reichwald-Sievert (Pfarrerin der Gemeinde Moabit West) und Herr Eppert (Gemeindekirchenrat)

Zu Beginn schildert Herr Fritz die derzeitige Situation der Reformationskirche. Eigentümer dieser ist die Landeskirche Berlin. Seit über 100 Jahren nutzt die Kirchengemeinde die Reformationskirche. Durch den Erhalt der Kirche werden Kosten verursacht, die nur schwer aufzubringen sind. Weiterhin muss die Fassade saniert und das Dach der Kirche neu gedeckt werden. Zu dem Komplex gehören jedoch nicht nur die Kirche, sondern auch noch eine Kita und einige Nebengebäude. Aufgrund der hohen Kosten, die seitens der Landeskirche nicht getragen werden können, sucht sie einen neuen Nutzer für das Gelände. Derzeit ist man mit der Berliner Stadtmission im Gespräch. Eine genaue Nutzungskonzeption sowie ein Zeitplan liegen gegenwärtig noch nicht vor.

Frau Pfarrerin Reichwald-Sievert ergänzt dazu, dass die vormaligen Kirchengemeinden aufgrund zurückgehender Mitgliederzahlen fusioniert sind, weil sie nicht mehr tragfähig waren. Die fusionierte Gemeinde nutzt für ihre Arbeit primär die Heilandskirche. Gemeinsam mit dem Zentrum für interreligiösen Dialog (ZiD) e.V. wurden bereits Überlegungen angestellt, wie das Gelände optimal genutzt werden könnte. Leider war die fehlende Finanzierung immer wieder das ausschlaggebende Argument für das Verwerfen der Ideen. Gegenwärtig kann die Reformationskirche für kurzweilige Projekte genutzt werden. So wird z.B. das Jugendtheaterbüro Berlin die Räumlichkeiten nutzen und auch das ZiD e.V. hat derzeit ein Büro vor Ort. Die Zusammenarbeit der Gemeinde mit dem ZiD e.V. und der Bethania Gemeinde läuft sehr gut und wird weiterverfolgt. Aber auch die Kirchengemeinde ist mit den wenigen Einnahmen, die sie erzielt, nicht in der Lage, den baulichen Unterhalt der Kirche zu gewährleisten.

Frage/Anmerkung:

Vor zwei Jahren wurde der Abriss der Reformationskirche diskutiert. Hat sich der bauliche Zustand in der Zwischenzeit verbessert oder verschlechtert?

Herr Fritz: Durch das vor kurzem eingerichtete Provisorium an der Kirche ist kurzfristig Abhilfe geschaffen worden, ein Abriss steht derzeit nicht zur Debatte.

Frage/Anmerkung:

Was ist mit dem abgebrannten Nebengebäude passiert?

Herr Fritz: Auch für die Sanierung dieses Gebäudes steht kein Geld zur Verfügung. Der Abriss wird derzeit nicht diskutiert.

Frage/Anmerkung (Ahmed Shah):

Ich freue mich sehr, mit dem Jugendtheaterbüro Berlin in den Räumlichkeiten der Kirche arbeiten zu dürfen. Das Gelände steht trotz seiner vielen Potenziale seit fünf Jahren leer. Es ist sehr wichtig, dass die Kirche dem Stadtteil erhalten bleibt. Wäre es nicht möglich, mit vielen potentiellen Nutzern und Interessierten der Kirche ein langfristiges Nutzungskonzept zu erarbeiten?

Frage/Anmerkung:

Sie hatten erwähnt, dass Sie mit der Stadtmission im Gespräch sind. Steht es zur Diskussion, dass die Stadtmission das Gelände kauft? Außerdem frage ich mich, ob es tatsächlich sinnvoll ist, in einem Stadtteil wie Moabit West Projekte zu verorten, die langfristig die aktuelle Situation zwar stabilisieren, aber nicht verbessern?

Frage/Anmerkung (Abdallah Hajjir):

Wäre es nicht besser, das Gelände mit dem Ziel einer besseren Vermarktung zu teilen? Es ist sehr wichtig, den Horizont für die Nutzungsmöglichkeiten der Kirche zu weiten, um diese langfristig erhalten zu können. Ich könnte mir vorstellen, dass die Kirche als Veranstaltungsort für den Kiez genutzt wird. Mögliche Betreiber sind die hier ansässigen Vereine. Ich würde dazu auch jederzeit ein Nutzungskonzept erarbeiten. Noch ein Wort zur Stadtmission als Nutzerin der Kirche: Der Warme Otto als Tagesstätte leistet eine gute Arbeit für die Menschen, aber der Kiez braucht langfristig etwas anderes.

Herr Fritz: Das Gelände kann für den Verkauf nicht geteilt werden, weil dann die Kirche nicht als Ganzes erhalten werden kann. Grundsätzlich muss es ein Konzept geben, bei dem die Nebengebäude das Geld für den Erhalt der Kirche erwirtschaften. Der Denkmalschutz kostet enorm viel Geld und muss durch ein tragfähiges Konzept erwirtschaftet werden, um den Erhalt der Kirche zu sichern.

Frage/Anmerkung:

Warum erarbeitet die Landeskirche als Eigentümerin des Geländes kein eigenes Nutzungskonzept?

Frage/Anmerkung:

Gibt es seitens der Landeskirche Kriterien, nach denen bei der Auswahl potenzieller Nutzer entschieden wird? Nach den gehörten Statements aus dem Plenum bin ich der Meinung, dass ein Konzept seitens der Landeskirche die beste Alternative darstellt.

Herr Fritz: Zu ihrem Vorschlag, dass sich die im Kiez ansässigen Vereine um eine Bewirtschaftung des Geländes kümmern, ist zu sagen, dass die Landeskirche gerne einen verantwortlichen Träger hätte. Mit der Stadtmission gäbe es einen solchen. Sicher gibt es bei den Verhandlungen mit der Stadtmission die Möglichkeit, Einbindungsmöglichkeiten für stadtteilansässige Träger und Vereine abzuklären. Weiterhin muss auch bei einem vereinsgetragenen Konzept die Finanzierung für den Unterhalt des gesamten Komplexes gesichert sein.

Die Landeskirche kann aufgrund ihrer begrenzten finanziellen Spielräume kein eigenes Nutzungskonzept aufstellen und hat auch nicht das Geld, eine Kulturkirche, wie sie es vorgeschlagen haben, zu unterhalten. Zudem ist dies auch nicht die Kernkompetenz der Landeskirche.

Frage/Anmerkung:

Wie verhält es sich mit der Kantorei der Reformationskirche? Wo steht sie auf der Prioritätenliste bei der Suche nach einem geeigneten Nutzer?

Herr Fritz: Die Stadtmission weiß von der Kantorei als Nutzerin der Kirche, aber es kann nicht versichert werden, dass eine langfristige Nutzung seitens der Kantorei gewährleistet werden kann.

Frage/Anmerkung:

Im Quartiersmanagement laufen immer wieder Anfragen nach kurzfristiger Nutzung ein. Uns wäre es wichtig, dass bei den Verhandlungen mit der Stadtmission auf den Bedarf, die Kirche für Veranstaltungen und Projekte zu nutzen, hingewiesen wird. Auch das Quartiersmanagement wäre an einer Kooperation dahingehend interessiert.

Frage/Anmerkung:

Ich würde als Vorschlag gerne einen runden Tisch mit allen potenziellen Interessenten vorschlagen. Die Kirche wäre ein idealer Ort für ein offenes Zentrum im Kiez mit kirchlicher Unterstützung. Mit einer solchen Einladung wäre sicher ein breites Interesse geweckt. Die Kirche sollte Auflagen machen, zu welchen Bedingungen die Kirche genutzt werden soll.

Frage/Anmerkung:

Was ist aus dem Kindermusikkreis geworden, der immer in der Reformationskirche geübt hat?

Frau Pfarrerin Reichwald-Sievert: Nach der Fusion hatten wir dem Musikkreis die weitere Probe in der Heilandskirche angeboten, aber dies wurde abgelehnt. Zu der Idee eines Begegnungszentrums: Die Idee ist an sich lobenswert und würde als Nutzung gut passen, aber mit den Fixkosten, die zu bewältigen sind, fällt der Betrieb schwer, weil die meisten kulturellen Einrichtungen im Stadtteil selbst kaum Geld zur Verfügung haben.

Frage/Anmerkung:

Wie hoch wären denn die Kosten für den Unterhalt des Geländes?

Herr Fritz: Die Betriebskosten belaufen sich auf etwas 30.000 Euro im Jahr für die Kirche. Hinzu kommen noch Baukosten und Instandhaltungskosten.

Frau Pfarrerin Reichwald-Sievert: Mit mehr Einritten in die Kirchengemeinde könnte dies durch die Gemeinschaft bewältigt werden und wäre so leichter zu tragen, aber leider hat die Kirchengemeinde nicht diesen Zulauf.

Frage/Anmerkung:

In meinen Augen wäre es wichtig, dass das Zentrum für interreligiösen Dialog (ZiD) e.V. im Objekt untergebracht ist und der Grundgedanke eines Treffens aller Religionen damit auch einen würdigen Ort bekäme.

TOP 3 Termine und Sonstiges

Die im Stadtteilplenum angekündigten Termine haben bereits statt gefunden.